



# Berliner Wasserbürger Ideen, Visionen, Konzepte

www.wasserbuenger.de

Kontakt: Thomas Rudek  
Tel.: 030 / 261 33 89 (AB)  
Mobil: 0176 / 25 21 37 26  
[ThRudek@gmx.de](mailto:ThRudek@gmx.de)

## MITBESTIMMEN bei der REKOMMUNALISIERUNG Nur so sind faire Löhne & gerechte Tarife auch in Zukunft sicher

Liebe Freunde und Freundinnen der Berliner Wasserbetriebe,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wasserbetriebe,

nach dem ersten erfolgreichen Volksentscheid in Berlin dauerte es nicht lang und die Befürworter von hohen Gewinnen und der Privatisierung unserer Daseinsfürsorge holten zum Gegenschlag aus: Ein von der IHK in Auftrag gegebenes Gutachten behauptet, dass sich eine Rekommunalisierung nicht rechne. Der gewonnene Volksentscheid und die sich daraus ergebenden Folgen für eine juristische Vertragsanfechtung spielten in dem Gutachten genauso wenig eine Rolle wie die zukünftige Belastung der Wirtschaft. Bereits im Wasserversorgungskonzept 2040 gab es viele Folien – nur, wie sich unter den zugesicherten Gewinngarantien für „die Privaten“ die Wasserpreise bis zum Jahr 2028 entwickeln werden, dazu gab es keine Informationen!

Sie haben gewiss gelesen, dass sich nach dem erfolgreichen Volksentscheid eine Arbeitsgruppe unabhängiger Juristen gegründet hat, die die Verträge nicht nur prüft, sondern die bereits gemeinsam mit der Antikorruptionsorganisation Transparency International und der Verbraucherzentrale Berlin erste juristische Schritte eingeleitet hat. Nun wissen wir alle, dass der Rechtsweg lange dauern kann. Daher möchten wir Sie für ein neues Volksbegehren begeistern, von dem alle etwas haben: die Bürger und Verbraucher, die Arbeitnehmer der Berliner Wasserbetriebe und die Umwelt. **Eine Rekommunalisierung zum 0-Tarif ist nach unserem Grundgesetz nicht zu haben.** Die privaten Anteilseigner RWE und VEOLIA werden für ihre Anteile ausgezahlt werden müssen. Die entscheidende Frage lautet: **Wer entscheidet darüber, wieviel bzw. wie wenig die Konzerne für ihre Anteile bekommen sollen?** Mit einem neuen Volksbegehren können wir sicherstellen, dass die Bürger, Verbraucher und Arbeitnehmer bei dieser wichtigen Frage MITBESTIMMEN. So können wir verhindern, dass aus der Rekommunalisierung ein profitables Geschäftsmodell wird, mit dem sich die privaten Anteilseigner noch eine goldene Nase „verdienen“. Weitere Informationen finden Sie auf dem Internetportal der Berliner Wasserbürger:  
[www.wasserbuenger.de](http://www.wasserbuenger.de)

**Entscheiden Sie:**  
Wie viel soll den privaten Anteilseignern RWE und Veolia für ihre Anteile bezahlt werden? Was soll die Rekommunalisierung der teilprivatisierten Berliner Wasserbetriebe kosten?

Gruppe / Organisation	Vorschlag	JA
„Daseinsvorsorge retten e.V.“	500.000 €	<input type="radio"/>
„Soziale Gerechtigkeit e.V.“	100 Mil. €	<input type="radio"/>
„Ökonomie und Ökologie“ u. Abgeordnetenhaus	350 Mil. €	<input type="radio"/>
„Zentraler Wohnungsverband“ u. Abgeordnetenhaus	600 Mil. €	<input type="radio"/>
„Gewerkschaftsnahe Arbeitgeber“ u. Abgeordnetenhaus	1,3 Mrd. €	<input type="radio"/>
KHI (Kammer für Handel u. Industrie)	2,3 Mrd. €	<input type="radio"/>
Keiner der gelisteten Vorschläge		<input type="radio"/>

Der neue Volksentscheid - Beispiel für Abstimmungsfelder auf dem Wahlzettel.  
Die Namen der Organisationen sind frei erfunden.

**aus: „Wem gehört das Wasser?“ Berlin 2011 / auf der Homepage: [www.wasserbuenger.de](http://www.wasserbuenger.de)**

**Umseitig zum Faktencheck der Wasserbürger:**

## Harald Wolf und das Bundeskartellamt

Einmal angenommen, das Bundeskartellamt ist für die Kontrolle der Wasserpreise zuständig, dann ist bestenfalls eine **symbolische** Preissenkung der Trinkwasserpreise zu erwarten. Denn für die Kontrolle der Abwasserpreise ist das Bundeskartellamt nach herrschender Rechtsmeinung nicht zuständig. Es sind jedoch vor allem die Abwasserpreise, die im bundesdeutschen Vergleich besonders hoch sind. Sollte eine Preissenkung verfügt werden, so müssten die vertraglich zugesicherten Gewinne an die Privaten auf anderem Wege ausgezahlt werden.

## Verstoßen die Verträge gegen europäisches Recht ?

Die Arbeitsgruppe unabhängiger Juristen hat in enger Zusammenarbeit mit der Antikorruptionsorganisation *Transparency International* und dem ausgewiesenen EU- und Kartellrechtler Prof. Keßler, Vorstandsvorsitzender der *Verbraucherzentrale Berlin*, bei der EU-Kommission ein Prüfverfahren der Verträge wegen Verstoßes gegen das europäische Beihilferecht beantragt. Die *Berliner Zeitung* und der *Tagesspiegel* ließen kurz darauf verlautbaren, dass die EU-Kommission „bremse“. Sie sähe keinen Anlass ein Prüfverfahren einzuleiten. DAS ENTSPRICHT NICHT DEN TATSACHEN! Tatsächlich hat die Kommission um weitere Informationen gebeten, die unseren bereits begründeten Verdacht untermauern. Lassen Sie sich also bitte nicht verunsichern! Diese Informationen wurden bereits nachgereicht. Sollte die Kommission den Prüfantrag ablehnen, werden wir gegen diese Entscheidung Rechtsmittel einlegen und den Fall vor den Europäischen Gerichtshof bringen! Auch werden wir die Vertreter der Berliner Landespolitik nicht aus der Verantwortung entlassen. Im Gegenteil: Die Arbeitsgruppe unabhängiger Juristen erarbeitet einen Argumentationsleitfaden, der die Bevölkerung darüber informiert, was die Politik unternehmen könnte, um gegen die Verträge vorzugehen. Der Leitfaden wird noch vor der Wahl veröffentlicht. Interessierte Bürger finden ihn dann auch auf der Homepage der Wasserbürger

## Faire Löhne und gutes Trinkwasser

Die Verunreinigungen des Trinkwassers in Spandau infolge von mehreren Unwettern machen deutlich, dass die Herausforderungen des Klimawandels auch vor Berlin nicht haltmachen. Es ist zu erwarten, dass die Investitionen in der Zukunft höher als bisher veranschlagt werden müssen. Umgekehrt wird die Geldmengenzpolitik der Europäischen Zentralbank – bedingt durch die Finanzkrise – zu einer höheren Inflation führen. Gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Erträge aus dem Berliner Wassergeschäft richtig verteilt werden: Für private Gewinne sind in der Zukunft keine Spielräume vorhanden. Was wir brauchen, sind nachhaltige Investitionen für gesundes Wasser, faire Löhne für gute Arbeit und gerechte Wasserpreise für alle Verbraucher. Dreistellige Millionengewinne, die jedes Jahr in den Taschen der Privaten versickern, brauchen wir nicht.



*Ein schönes Sommerfest wünschen Ihnen Ihre Berliner Wasserbürger*

Berlin, d. 13.08.2011